

Bündnis will Erstwähler locken

Kampagne vor der Kommunalwahl geplant

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Haendle

Karlsruhe/Stuttgart. Mit einer breit angelegten Erstwähler-Kampagne sollen jugendliche und junge Erwachsene bei den Kommunalwahlen am 25. Mai an die Urnen gelockt werden. Hinter der Aktion steht das Bündnis „Wählen ab 16“ unter der Federführung der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesjugendring. „Wir wollen Mädchen und Jungen für Politik begeistern“, erklärte Thomas Franke von der Landeszentrale gegenüber den BNN. Durch die Absenkung des Wahlalters seien am 25. Mai sieben Jahrgänge gleichzeitig zum ersten Mal auf kommunaler Ebene wahlberechtigt. Das Bündnis wolle auch Kommunen und Schulen aktiv in die Kampagne einbeziehen.

Mit von der Partei ist die Baden-Württemberg-Stiftung, die mit Hilfe von Multiplikatoren in möglichst vielen Kommunen Aktionstage durchführen will. Neben den Städten und Gemeinden sowie Schulen sollen die Jugendhäuser und Jugendverbände einbezogen werden. Bereits im Februar sind in jedem Landkreis im Südwesten zwei Modellaktionstage geplant, um möglichst viele Multiplikatoren zu gewinnen. Die Initiatoren wollen die Aktion über soziale Medien wie Facebook transportieren.

Im April schickt die Baden-Württemberg-Stiftung einen „Politikzug“ auf der Schwarzwaldbahn zwischen Karls-

ruhe und Konstanz auf die Strecke, um die Kampagne zu unterstützen. Vom 17. bis 25. Mai steht dann die siebte bundesweite Juniorwahl an den Schulen auf dem Programm.

Die von der grün-roten Landesregierung im vergangenen Jahr durchgesetzte Absenkung des aktiven Wahlalters betrifft nach einer Prognose des Statistischen Landesamtes rund 207 800 deutsche und 8 200 EU-Bürger zwischen 16 und 18 Jahren. Die CDU hatte sich gegen das Gesetzespaket ausgesprochen,

weil es dadurch zu einem Auseinanderreißen von aktivem und passivem Wahlrecht kommt. Zum Hintergrund:

Erstmals dürfen 16-Jährige mitbestimmen

Das passive Wahlrecht, also die Wahlbarkeit, bleibt weiterhin bei 18 Jahren. Vor diesem Hintergrund wollte der CDU-Abgeordnete Karl Rombach (Villingen-Schwenningen) vom Innenministerium jetzt wissen, wie sich die Wahlbeteiligung der Teenager seit Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre im April 2013 auf die Bürgermeister- und OB-Wahlen im Land ausgewirkt hat. Die Antwort von Innenminister Reinhold Gall (SPD) fällt dürrtzig aus, weil die Beteiligung dieser Altersgruppe in vielen der betroffenen Kommunen nicht extra erfasst wurde. Dort, wo die 16- und 17-jährigen Erstwähler gesondert aufgelistet wurden, ergeben sich unterschiedliche Bilder: In Haßmersheim im Rhein-Neckar-Kreis gingen am 27. Oktober 2013 sogar 67,5 Prozent der Nicht-Volljährigen an die Wahlurnen



JUGENDLICHE VOR DER WAHL: Am 25. Mai dürfen 16- und 17-Jährige erstmals mitbestimmen, wer in den Kommunalparlamenten das Sagen hat. Ein breites Bündnis will in den nächsten Monaten eine Erstwählerkampagne starten. Foto: Archiv/dpa

und übertrumpften damit sogar die allgemeine Wahlbeteiligung (62,9 Prozent). Der erfolgreiche Kandidat Michael Salomo (25) ist jetzt Deutschlands jüngster Bürgermeister.

Umgekehrt hinkte die Teenager-Wahlbegeisterung in anderen Kommunen deutlich hinter der allgemeinen Wahlbeteiligung zurück. Dies deckt sich mit Erfahrungen anderer Bundesländer. In

Sachsen-Anhalt, wo das Wahlrecht ab 16 Jahren seit 1999 existiert, liegen die Teenies rund zehn Prozentpunkte hinter den Erwachsenen zurück.

In der kommenden Woche kürt eine Jury das Logo für die Erstwählerkampagne im Südwesten, berichtet Thomas Franke von der Landeszentrale. Dann sieht er auch die Rathauschefs in der Pflicht, die das Thema „zur Chefsache“

machen müssten. Da Kommunalpolitik unmittelbare Auswirkungen auf das Leben von Jugendlichen habe, könne bei ihnen rasch eine Begeisterung geweckt werden.

i Die Kampagne

Informationen über die Kampagne sowie Materialien gibt es im Internet unter www.waehlenab16-bw.de.